



**Bernhard Most  
Gemeinderat**  
FDP - Die Liberalen  
c/o Most Bau GmbH & CO. KG  
Kelterstraße 97  
73265 Dettingen unter Teck  
Tel. 07021/987122  
Fax 07021/987222  
b.most@mostbau.de



**Albert Kahle  
Gemeinderat**  
Kirchheimer Bürgerliste  
Weppachweg 14  
73230 Kirchheim u. Teck  
Tel. 07021/6565  
Fax 07021/480865  
gr.kahle.kibue@web.de

## **Haushaltsrede zur Generaldebatte des Haushaltsplan 2007**

**am 22.11.2006**

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Matt-Heidecker,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Riemer,  
sehr geehrter Herr Sedlaczek- Kohl  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,**

**Wenn die hohe Politik dem Bürger sagt, dass sie nur sein Bestes will, dann muss der Bürger wissen, dass damit immer nur sein hart verdientes Geld gemeint ist.**

**Wenn die hohe Politik von Sparen spricht, dann bedeutet das für die Bürger, dass sie im Regelfall mehr Steuern und sonstige Abgaben bezahlen müssen und dafür weniger Leistungen erhalten.**

**Genau das spiegelt sich im Hauhaltsplanentwurf für das Jahr 2007 wider.**

**Geht es unserer Stadt gut oder schlecht?**

**Mit dieser alles entscheidenden Frage startete unser neuer Stadtkämmerer seine Analyse zum Haushaltsplanentwurf 2007. Eine klare Antwort darauf bleibt er uns aber schuldig.**

**Offensichtlich sollen wir diese Frage selbst mit uns ausmachen. Unser Versuch, auf diese Frage in dem vorliegenden Zahlenwerk die passenden Antworten zu finden, ist kläglich gescheitert.**

**Einerseits spielt der Vermögenshaushalt in dem Planentwurf wiederum eine geradezu jämmerliche Rolle. Ganze 12,1 Mio. Euro von dem gesamten Haushaltsvolumen von über 95 Mio. Euro werden als ausreichend angesehen, um die investiven Bedürfnisse der Stadt zu befriedigen. Das ist ein erneuter Rückgang des Anteils am Gesamthaushalt von 16%. Verglichen zum Vorjahr ist dies eine**

**2**

**erneute Reduzierung der Ausgaben im investiven Bereich um 1.857.501 Euro oder 13,29%.**

**Daraus folgern wir:**

**„Der Stadt Kirchheim geht es schlecht, sie kann sich nichts mehr leisten, sie ist arm!“**

**Andererseits glänzt der Verwaltungshaushalt wieder mit Steigerungsraten. Mit einem Volumen von 82,895 Mio. Euro erhöht sich der Anteil am Gesamthaushalt um fast 2,28 %. Die Steigerung der Einnahmen und Ausgaben im Realwert Euro gerechnet, betragen gar fast 5 %.**

**Daraus müssen wir schliessen:**

**„Der Stadt Kirchheim muss es gut gehen, sie kann sich mehr Ausgaben im Verwaltungsbereich leisten, sie ist reich.“**

**So widersprüchlich diese Aussagen sind, so widersprüchlich zeigt sich uns der Entwurf des Haushaltsplanes für 2007.**

**Bleiben wir beim Verwaltungshaushalt.**

**Woher kommt dort der plötzliche Wohlstand ?**

**Eines ist klar: Nicht von Einsparungen auf der Ausgabenseite.**

**Denn dort steigen die Personalkosten wieder, zwar gering, aber sie steigen eben, entgegen unserer jahrelang wiederholten Forderung auf deutliche und anhaltende Senkung in diesem Bereich. Die Verwaltung fordert hier sogar selbst weitere Einsparungen, belässt es aber doch bei einer 3 monatigen Wiederbesetzungssperre.**

**Das ist uns zu wenig! Wo fliesen denn die Ergebnisse des, von Frau OB`in so hoch gelobten Verwaltungsreformprozesses ein, wenn nicht hier? Offensichtlich zeigt dieser nicht die gewünschte Wirkung. Daher sagen wir: Die Personalkosten dürfen nicht steigen, sie sollten einen Trend nach unten aufweisen! Ausdrücklich vermerken wir hier, dass wir dabei keine Personalkürzungen im Bildungsbereich im Auge haben . Denn das sind wichtige Investitionen in die Zukunft.**

**Mittragen können wir dagegen die Summe des Haushaltsansatzes in den Haushaltsgruppen 50 und 51, der Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen, auch wenn damit Mehrausgaben in Höhe von 370.000 Euro verbunden sind. Hier rechtzeitig Geld**

**3**

**auszugeben heißt sparen. Dringend notwendigen Maßnahmen in Folgejahre zu verschienen, würde nur zusätzliche Mehrausgaben in kommenden Jahren bedeuten. Bezüglich der Reihenfolge und der Dringlichkeit der einzelnen Vorhaben bitten wir die Verwaltung nochmals eine strenge Reihung vorzunehmen und bei größeren Vorhaben auf jeden Fall einen Dringlichkeitsnachweis zu erbringen.**

**Dies sollte im Technischen Ausschuss und zwar vor den entsprechenden Ausschreibungen geschehen, um der Verwaltung und den am Wettbewerb beteiligten Unternehmen, unnötige Arbeit bei der Erstellung bzw. Bearbeitung von Angeboten zu ersparen.**

**Mit großem Missfallen beobachten wir die anhaltende Entwicklung der Bauhofverrechnungen für die städtischen Instandhaltungsarbeiten. Insgesamt sollen rund 2 Mio. Euro der privaten Wirtschaft durch eigene Leistungen, deren Effizienz bis heute nirgends nachgewiesen ist, entzogen werden. Diese Entwicklung haben wir bereits in den vergangenen Jahren befürchtet und reklamiert. Wir glauben nicht an eine echte Wirtschaftlichkeit, solange diese nicht schwarz auf weiß bewiesen ist.**

**Deshalb tragen wir das nicht mit und fordern erneut, den Mitarbeiterbestand im Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft auf ein Minimum zu reduzieren und die bislang von dort erbrachten Arbeiten auf dem freien Markt zu vergeben.**

**Ein Fragezeichen markieren wir auch bei den Parkgebühren für Mitarbeiterstellplätze, sofern es sich dabei nicht um die Unterbringung von Dienstwagen handelt. Die Ausgaben kommen als geldwerter Vorteil bei den Mitarbeitern sowieso nicht in voller Höhe an und könnten gestrichen werden.**

**Bei den weiteren Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen fällt auf, dass durchweg Steigerungen (in der Summe um ca. 3%) angesetzt sind. Hier kann ohne weiteres, wenn man den Willen zum Sparen hat, der Ansatz von 2006 wiederholt werden.**

**Unter der Rubrik „Sonstigen Finanzausgaben“ kommen wir dem Wohlstand, aber auch dem problematischen Teil unserer Finanzlage näher.**

**Über die Gewerbesteuerumlage, die Finanzausgleichsumlage und die Kreisumlage werden wir von dritter Seite heftig zur Kasse gebeten und dies - und jetzt kommt´s - auf Grund unserer eigenen Finanzstärke jeweils in den vorangegangenen Jahren.**

4

Wenn wir ganz bestimmte Einnahmen, nämlich Steuern im Verwaltungshaushalt erhöhen, schaufeln wir dadurch also unser eigenes finanzielles Grab.

Und damit zum Einnahmesektor des Verwaltungshaushaltes: Dort machen die Steuereinnahmen für das Jahr 2007 55,15% der gesamten Einnahmen aus. Gegenüber dem Ansatz für 2006 mit 53,68% ein Mehr von 3.332.600 Euro.

Der größte Brocken daraus soll aus einer Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 360% auf 370% und später nochmals um weiter 10%-Punkte vereinnahmt werden.

Dies werden wir so nicht mittragen und sagen an dieser Stelle schon „Nein“.

Hinter Ihrer Aussage, Frau Oberbürgermeisterin: „Konsolidieren, um handlungsfähig zu bleiben“ verbirgt sich nichts anderes als die Kuh zu schlachten, die gerade die meiste Milch gibt.

Wir sollten unsere ungebremsten Ausgaben nicht aus der Gewerbesteuer decken und damit das Geld dem, gerade mal etwas Luft holenden, Gewerbe und der Wirtschaft entziehen.

Gerade die sind es - und das haben wir ja auch schon im Zwischenbericht zum Haushalt 2006 klar gemacht -, die ihre Hausaufgaben gemacht, sich teilweise neu positioniert haben und wieder in die Ertragszone gerutscht sind. Nicht die Stadt! Es zeugt von wenig wirtschaftlichem Verständnis, wenn man dem Kunden sagt: „Du hast im letzten Jahr viel bei uns eingekauft, deswegen erhöhe ich ab nächstem Jahr die Preise.“

Dieses Signal geht in genau die falsche Richtung, denn wir wollen, dass Industriebrachen durch eine gesunde Steuerpolitik zur Ansiedlung neuer und zum Erhalt bestehender Firmen beiträgt. Die brauchen ihre Gewinne selbst zur Konsolidierung und Verbesserung der Wettbewerbsstruktur! Nur das schafft und erhält Arbeitsplätze, die wir so dringend in Kirchheim brauchen. Ich weiß auch nicht, was unsere Wirtschaftsförderin dazu sagt. Die Signale, die wir aus der Wirtschaft hören sind auf jeden Fall mehr als beunruhigend.

Zudem zeigen Sie selbst in Ihrer Rede auf, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nicht dauerhaft unserem Stadtsäckel zugute kommen, denn just 2 Jahre später werden die Mehreinnahmen halt wieder über die Steuerkraftsumme als Umlagebasis für die Finanzumlage heran gezogen. Genau genommen sollten wir in der Erwartung steigender Unternehmensgewinne, den Hebesatz eher senken. Beispiele dafür gibt es in anderen Kommunen bereits. (Walldorf -55% Punkte). Insofern, Frau Oberbürgermeisterin, sind Ihre Äußerungen nur kurzfristig logisch, weisen in eine völlig falsche Richtung. Die von Ihnen großgeschriebene Vorsorge findet

**5**

**so nur einmalig statt und mündet am Ende sogar in Mehrausgaben bei der Finanzumlage.**

**Dies würde im Übrigen auch für die Einnahmen aus den Grundsteuern gelten, die diesmal erfreulicherweise nicht zur Erhöhung vorgeschlagen wurden.**

**Anhaltend vorsehen können und müssen wir nur über Einsparungen im Verwaltungshaushalt und durch Verkäufe im Vermögenshaushalt. Diese Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen werden nämlich nicht der Finanzumlage unterworfen.**

**Nun zum Vermögenshaushalt:**

**Eine Sache ist uns hier an vorderster Stelle sehr wichtig, auch und gerade im Hinblick auf die bevorstehende Umstellung der Buchführung.**

**Zum Vermögenshaushalt gehört eine Übersicht zumindest über das immobile Vermögen der Stadt. Dies ist in Gänze nach unserer Ansicht nicht zu erkennen.**

**Wir können zwar nachvollziehen, dass der Haushaltsplan Vermögens(buch)werte in Höhe von ca. 125,5 Mio. Euro ausweist, jedoch nur für das Verwaltungsvermögen und die kostenrechnenden Einrichtungen. Wir vermissen Aussagen zu den unbebauten, zum Verkauf gedachten Grundstücke und auch zu den im städtischen Bestand befindlichen Wohnungen und sicher vieles mehr. Ebenso vermissen wir einen, wenn auch nur geschätzten Verkehrswert für die vorgenannten Anlagen.**

**Warum halten wir dies für wichtig? Wir wollen uns auf die neue Buchführung vorbereiten und haben da so unsere Sorgen.**

**Beispiel:**

**Wenn wir heute ein Grundstück „unter Wert“ verkaufen geht dies im Haushalt immer voll in die Einnahmen, da kein Gegenwert gegenüber steht. Später, so gehen wir davon aus, wird wohl der Grundstückswert dem Ertrag gegenübergestellt und dann kann aus einem Verkauf unter Wert schnell ein Verlust werden, dessen Auswirkung auf die Haushaltslage der Stadt wir heute noch nicht richtig abschätzen können.**

**Eine rechtzeitige Aufklärung und Information der entscheidenden Gremien halten wir schon deshalb für zwingend erforderlich.**

**Dies vorneweg zum Vermögenshaushalt.**

6

Ansonsten ist im Vermögenshaushalt alles etwas einfacher, weil eh nichts Spektakuläres drin steht.

Mit einer Netto Investitionsrate von gerade einmal 372.794 Euro kann man auch keine großen Sprünge machen, und wir tragen angesichts der herrschenden finanziellen Knappheit die Entnahme aus der Rücklage für 2007 mit.

Die Entnahme für das Jahr 2008 stellen wir heute noch in Frage, bitten aber in diesem Zusammenhang um eine Erklärung dafür, warum die Rücklage nach der Entnahme in 2008 gänzlich erschöpft sein soll. Wenn wir richtig zusammenzählen verbleiben immer noch ca. 10 Mio. Euro (incl. GWK und Mindestrücklage).

Bildung und Ausbildung wurden per Weiterreichung vom Bund über das Land auf die Kommunen und Kreise übertragen. Damit tragen wir an unterster Stelle für eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft die Verantwortung. Die erforderlichen Mittel, um dieser Aufgabe vernünftig nach zu kommen, werden uns jedoch nur sehr unzureichend mit auf den Weg gegeben. Dennoch sagen wir Ja zu den Investitionen in unsere Bildungseinrichtungen, wobei sehr genau zu prüfen ist, welcher Standart zur Erfüllung unserer Aufgaben genügt. Luxuslösungen müssen der Vergangenheit angehören. Dies gilt es nicht nur bei den beginnenden Bauvorhaben zu beachten, sondern trifft auch andere Bereiche. Sensibel mit dem Umgang von Geld zu sein, ein neues Verständnis mit dem Umgang der städtischen Finanzen zu bekommen postulieren Sie, Frau OB`in in Ihrer Rede.

Dazu gehört z.B. auch die Frage des Dienstwagens, den wir Ihnen keinesfalls absprechen wollen, aber ob die Neubeschaffung nun höchste Priorität hat? Aber das entscheiden Sie am besten selbst.

Ganz besonders aber gehört hierzu die Grundstückspolitik. Dort muss nach unserer Auffassung eine andere Qualität greifen. Das sture festhalten an irgendwelchen, irgendwann einmal getroffenen Preisvorstellungen muss der Vergangenheit angehören.

Der Satz: „Das sind halt die Richtwerte in der Stadt“, ist hier für den Interessenten ebenso unbrauchbar wie abschreckend. Hier muss Beweglichkeit stattfinden, die das Interesse eines Investors weckt und der Eindruck entsteht, dass man auch an seiner Ansiedlung interessiert ist. Ob Gewerbebau, Wohnbau oder Eigenheimbau. Nur so können wir den viel zu niederen Einnahmesatz wieder auf ein vernünftiges Maß bringen und der Haushalt verbessert werden. Dabei ist die derzeit mögliche Ansiedlung von IKEA vorrangig zu behandeln. Hier setzen wir auf Sie Frau OB`in und Ihre Zugehörig-

**7**

**keit zum Regionalparlament. Durch die Begrenzung des innerstädtischen Sortiments, wie es der Regionalplan vorschreibt, laufen wir Gefahr erneut einen für Kirchheim wichtigen Investoren zu verlieren. Die Sorge, dass Ikea Kirchheim den Rücken kehrt muss in ersten Linie auch Ihre Sorge sein. Daran wollen wir Sie messen.**

**Bei den Erschliessungsmaßnahmen und Umlegungsvorhaben sind in letzter Zeit massive Fehler unterlaufen.**

**Vorgänge, wie im Bereich Wiesenweg dürfen nicht sein.**

**Hier fällt wieder das ungeschickte und rechthaberische Verhalten der Stadt und das „Vor den Kopf stoßen“ der Betroffenen unangenehm auf.**

**Zeichnet sich beim Lärmschutz an der BAB nicht bereits dasselbe ab?**

**Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Stadt zurecht eine umfassende und rechtzeitige Information über geplante Maßnahmen, auf jeden Fall in ihrem direkten Umfeld, und erst recht, wenn damit für sie auch noch Kosten verbunden sind. Das muss für die Stadtverwaltung doch selbstverständlich sein.**

**Die Stadt lebt doch auch von der Zufriedenheit ihrer Bürgerinnen und Bürger, und die lässt spürbar nach. Das dürfen wir uns nicht leisten!**

**Im speziellen Fall Wiesenweg beantragen wir die Einnahmen für die Lärmschutzmaßnahme entlang der Umgehungsstraße aus dem Haushalt zu streichen**

**und wir**

**bitten darüber nachzudenken ob nicht generell Lärmschutz, wie auch der Hochwasserschutz der gesamten Bürgerschaft nützen und daher als Gemeinaufgaben und aus den allgemeinen Steuereinnahmen zu decken sind.**

**Künftige Projekte dieser Art sind mit den Betroffenen rechtzeitig, ausgiebig und vor allem zufrieden stellend zu besprechen.**

**Lassen Sie uns aber auch mutig sein und Entscheidungen nicht ewig lange hinziehen. Wir beantragen erneut, dem Alleenring eine Einbahnregelung zu verpassen. Bereits jetzt haben wir unnötig Gelder in einer gegenläufige Verkehrsregelung verbaut, die schon zur Umgestaltung einfachster Art verwendet hätten werden können. Wir wissen nicht, was noch dagegen stehen könnte.**

**8**

**Dies als Anstöße für die anstehenden Beratungen.**

**Zusammenfassend stimmen wir dem Haushaltsplanentwurf für 2007 nicht zu, solange die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes erhalten bleibt. Über die anderen Punkte kann man verhandeln.**

**Allgemein wünschen wir uns eine offenere und frühzeitigere Information des Stadtrates, weniger Alleingänge der Verwaltungsspitze in personellen Angelegenheiten, auch wenn dies sie Satzung hergibt. Betroffene Personen könnten dadurch mehr beschädigt, als befördert werden.**

**Immer wieder erreichen uns überraschende Hiobsbotschaften, wie erst kürzlich die Sanierung der TG Krautmarkt für annähernd 4 Mio. Euro. Auch hier wäre eine frühzeitigere Einbindung des Stadtrates wünschenswert. Nur in enger Zusammenarbeit miteinander können wir eine konsequente Sparpolitik leisten und ggf. auch kurzfristig Veränderungen im Haushalt vornehmen. Das gebietet die Lage und dazu sind wir bei gegebener Begründung auch bereit.**

**Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die im vergangenen Jahr und bei der Erstellung dieses Haushaltsplanes geleisteten Arbeit.**

**Gegenüber der Verwaltung und den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates hegen wir die Hoffnung, dass unsere Anregungen, im Interesse der gesamten Bürgerschaft von Kirchheim und der Teilorte Jesingen, Ötlingen, Lindorf und Nabern bei der weiteren Gestaltung einer zukunftsfähigen Stadt Ihre Zustimmung finden.**

**Für die FDP – KiBü danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine gute Hand bei der Lösung zukünftiger Aufgaben.**

**Bernhard Most**

**Anlage:**

**Anträge zum Haushaltsplan  
Aufstellung konkreter Maßnahmen zur Kosteneinsparung**

## **Anträge der FDP- KiBü zum Haushalt 2007**

- 1. Der Ansatz für die Personalkosten darf sich höchstens auf dem Niveau der Vorjahres bewegen. Eine Senkung der Ausgaben gegenüber 2006 wäre besser. Dies muss der von der OB` in so hochgelobte Verwaltungsreformprozess hergeben.**
- 2. Die Besetzung des Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft ist auf ein Minimum zu reduzieren und die bislang von dort erbrach-ten Arbeiten auf dem freien Markt zu vergeben.**
- 3. Wir bitten die Vorhaltung von Mitarbeiterstellplätzen zu überprüfen und ggf. den Ansatz zu streichen.**
- 4. Der Ansatz in HH Gruppe 57 – 63 soll auf dem Vorjahresansatz verbleiben.**
- 5. Keine Anhebung der Gewerbesteuer**
- 6. Rechtzeitige Information und Aufklärung des Stadtrates über die bei Einführung der doppelten Buchführung eintretenden Veränderungen.**
- 7. Wir bitten um Vorlage einer kompletten Vermögensübersicht des Anlagevermögens der Liegenschaften**
- 8. Erarbeitung eines neuen Liegenschaftsmanagement zur Verbesserung der Verkaufserfolge im Grundstücksgeschäft.**
- 9. Der Ansatz für die Einnahmen für Erschließungsmaßnahmen für den Lärmschutz im Wiesenweg sind aus dem Haushalt zu streichen.**
- 10. Einrichtung eines Einbahnverkehrs am Alleenring ohne große Umbaumaßnahmen mit geringsten Mitteln  
Einsparungen durch Entfall der Ampelanlagen.**
- 11. Externe Beratung durch Gutachter nur noch nach Genehmigung durch den Gemeinderat.**

**12. Allgemeine Reduzierung der Ampelanlagen. Dadurch sind Einsparungen durch den Entfall der Steuerungskontrolle und der Stromkosten zu erwarten.**

**13. Zu HH Stelle Nr. 620000.8 (Sicherheit und Ordnung)  
Kontrollfähige Auflistung der Einzelausgaben.**